Zeitung des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE – Märkisch-Oderland

DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde *März 2008*

Internationaler Frauentag muss gesetzlicher Feiertag werden

Antrag des Frauenplenums der LINKEN im Bundestag

Angesichts fortbestehender Gleichberechtigungsdefizite ist es von besonderer symbolischer Bedeutung, den 8. März zum gesetzlichen Feiertag für Frauenrechte zu erklären. Deshalb fordert das Frauenplenum der Fraktion der LINKEN den Bundestag auf, er solle feststellen und beschließen:

Der 8. März ist der Tag, an dem Frauen weltweit ihr Recht auf Gleichberechtigung einfordern. Als historische Wurzel für die Entstehung des 8. März gelten die Proteste New Yorker Arbeiterinnen, die erstmals 1857 auf die Straße gingen und gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn demonstrierten. Fünfzig Jahre später, am 8. März 1908, traten Tabak- und Textilarbeiterinnen in den Streik und protestierten für bessere Arbeitsbedingungen, für ein Frauenwahlrecht, für kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne.

Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin brachte auf der zweiten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz 1910 den Antrag ein, einen internationalen Frauentag ins Leben zu rufen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Am 8. März 1917 streiken in St. Petersburg Textilarbeiterinnen. In Erinnerung daran setzt 1921 die 2. Internationale Konferenz der Kommunistinnen den 8. März als einheitliches Datum für den Internationalen Frauentag fest.

Seit 1975 wird der 8. März offiziell von der UNO als internationaler Frauentag gewürdigt.
Der in Artikel 3 (2) Grundgesetz festgelegten Verpflichtung des Staates, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken, muss ein besonderer Platz in unserer Gesellschaft gegeben werden. Angesichts der fortbestehenden Gleichberechtigungsdefizite ist es von besonderer symbolischer Bedeutung, den 8. März zum gesetzlichen Gedenk- und Feiertag für Frauenrechte zu erklären.
Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass der 8. März gesetzlicher Feiertag wird.

Dr. Gregor Gysi,
Oskar Lafontaine und Fraktion

(Das Frauenplenum der Fraktion besteht aus allen weiblichen Abgeordneten.)



In der Theorie sind die Genossinnen schon gleichberechtigt, in der Praxis aber hängt der Philisterzopf den männlichen Genossen noch ebenso im Nacken wie dem ersten besten Spießbürger.
Clara Zetkin

Allen Freundinnen, Kolleginnen, Müttern, Töchtern, Schwestern, Großmüttern, Liebhaberinnen, Nachbarinnen, Schönheitskönigginnen, Gegnerinnen, Revolutionärinnen, Mädchen & Diven unsere besten Wünsche zum Internationalen Frauentag!

Der Kreisvorstand DIE LINKE. in MOL



In dieser Ausgabe

Europa leben + mitbestimmen
Seite 2

Kommunalpolitik stärken
Seite 3

Aschermittwoch politisch feiern
Seite 4-5

Das Erbe bewahren?!
Seite 6

Den Marsch blasen
Seite 7

Beifall zollen
Seite 8

Themen der nächsten Ausgabe

- Das brachte die Mandatsträgerkonferenz
- Eine Bürgermeisterin für Müncheberg
- Dem Erbe verpflichtet – Erna und Kurt Kretschmann
- Für ein Brandenburger Sozialticket
- Bodenreform enteignet?

Redaktionsschluss für April: 18.03.2008

DIE LINKE – Neue Kraft für Brandenburg

1. Parteitag im Rückblick

Für die 180 Delegierten des Landesverbandes Ende Januar in Blossin war inhaltlicher Schwerpunkt die abschließende Diskussion des Leitbildes »Für ein Brandenburg der Regionen«.

Über das außerdem beschlossene Volksbegehren zur Einführung eines Sozialtickets berichtete IMPULSE bereits in der Februar-Ausgabe: DIE LINKE wird sich mit der Ablehnung der Volksinitiative nicht zufrieden geben und gemeinsam mit den beteiligten Partnern, dem Arbeitslosenverband, der Diakonie, dem DGB, der GRÜNEN LIGA, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, Ver.di, der Volkssolidarität und weiteren ein Volksbegehren zu diesem Thema starten. Außerdem beschloss der Parteitag, die Unterschriftenaktion der Gewerkschaft verdi zur Resolution: »Keine Sozialgerichtsgebühren! Keine Gebühren für Anträge und Prozesskostenhilfe!« zu unterstützen und weiterhin einen Antrag an den Bundesparteitag DIE LINKE zur Änderung des § 10 Abs. 4 der Bundessatzung, der verhindern soll, dass in manchen Kreisverbänden, kleineren Ortsverbänden und Basisorganisationen der dort organisierte Teil der weiblichen und männlichen Mitglieder von der Wahl von Delegierten und Mandatsträgern ausgeschlossen wird.
Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, Kerstin Kaiser, erklärte ihre Bereitschaft, 2009 als Spitzenkandidatin anzutreten.

Die wichtigsten Beschlüsse in Auszügen auf Seite drei:

Vollständige Redebeiträge, Wahlergebnisse, Anträge und Beschlüsse unter www.dielinke-brandenburg.de

Europa mitbestimmen

LINKE fordert Volksabstimmung



Die Mehrheit der Franzosen und Niederländer hat bekanntlich den EU-Verfassungsvertrag scheitern lassen. Jetzt wurden dessen wesentliche Teile von den hinter verschlossenen Türen tagenden Staats- und Regierungschefs der EU in die geltenden EU- und EG-Verträge überführt. Diese Vertragsänderungen müssen nun durch alle Mitgliedsstaaten gebilligt werden.

Dabei haben sich die Politiker vorab darauf verständigt – mit Ausnahme von Irland (dort ist es per Gesetz festgeschrieben) –, in keinem weiteren EU-Staat eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag zu riskieren.
Die Partei der Europäischen Linken (EL) hat aus diesem Grund eine Kampagne für Volksabstimmungen zum Vertrag von Lissabon in allen EU-Mitgliedstaaten initiiert. Warum fürchten sich die Regierenden vor solch einem Votum? Warum wollen sie nicht, dass wir Bürger unser Europa selbst gestalten?
Der neue Vertrag wird die Europäische Union in vieler Hinsicht verändern. Und das hat schwerwiegenden Einfluss auf die künftigen Existenz-, Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen in der EU.
Unsere Zukunft wollen wir uns nicht von Regierungen vorschreiben lassen – die wollen wir demokratisch selbst entscheiden. DIE LINKE unterstützt die EL-Kampagne und fordert eine Volksabstimmung über den Lissabonner EU-Reformvertrag! Treten Sie mit Ihrer Unterschrift ein für Ihr Recht, europapolitische Grundsatzentscheidungen mitzubestimmen!
Infos unter www.die-linke.de

Nachdruck aus info links, Lichtenberg Januar 2008



Europa leben

Die Aktuellen Stunden beider Landtagssitzungen im Januar waren europapolitischen Themen gewidmet – unmittelbar nach Öffnung des Schengen-Raumes zum Jahresende. Standen am ersten Tag die Folgen der Grenzöffnung und die Sicherheitslage zur Debatte, so ging es in der von der LINKEN beantragten Debatte um die vor zwei Jahren auf einer gemeinsamen deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz geborene Oder-Partnerschaft und damit um politische Gestaltung.
Die demokratischen Fraktionen waren sich einig: Nach der schwierigen Geschichte kann nur ein gemeinsamer Anlauf Deutsche und Polen zu einem Miteinander führen. Und das ist auch heute nicht immer einfach. Noch immer stehen wir ziemlich am Anfang. Der Ministerpräsident war da zufriedener. Doch es gab auch Übereinstimmendes.
LINKE Akzente der Debatte: Über Wirtschaftspolitik hinaus denken, sie mit Arbeitsmarkt-, Forschungs- und Technologiepolitik verbinden. Unternehmensverflechtungen jenseits von Billiglohn-Strategien und ein tragfähiges Netzwerk von Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen könnten Arbeitsmarktprobleme lösen und Fachkräftemangel überwinden helfen. Nötig ist auch eine verbesserte Infrastruktur. Schienenwege haben Priorität gegenüber Straßen. Und: Die Oder-Neiße-Region ist auch ein Lebens-, ein Erlebnisraum. Polnische und deutsche Geschichte, Kunst und Literatur überall – daraus kann eine regelrechte regionale Identität erwachsen. Dazu brauchen wir spezielle, auf diesen Raum bezogene Bildungsangebote. Lehrpläne, Schulbücher und Schüleraustausch sind noch lange nicht auf der Höhe der Zeit. Diese Defizite sollten wir gemeinsam mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und den Partnerwoiwodschaften überwinden.

Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende

Vom 1. Landesparteitag der LINKEN in Brandenburg

Kommunalpolitik stärken

Die Fraktion DER LINKEN in Brandenburg wird aufgefordert in ihrem Leitbild »Unsre Heimat …« folgende Aspekte deutlich sichtbar einfließen zu lassen, außerdem soll der Landesvorstand die Aspekte in die Erarbeitung von Dokumenten zum Kommunalwahlkampf einfließen lassen.

Kommunale Dienstleistungen gehören in öffentliche Hand
Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Grundelement unserer Demokratie. Wir stellen uns dagegen, dass immer mehr kommunale Dienstleistungen privatisiert werden und die gewählten kommunalen Volksvertreter bald im Dienstleistungsbereich überhaupt nichts mehr zu entscheiden haben. Dieser Prozess muss umgekehrt werden: Wer ernsthaft sagt, wir wollen die Gesellschaft sozial gestalten, der darf nicht in Kernbereichen gesellschaftlicher Verantwortung immer weiter privatisieren.

Kommunen als Arbeitgeber
Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen als Arbeitgeber verantwortungsbewusst handeln, d.h. ihre Beschäftigten zu tariflich vereinbarten Bedingungen beschäftigen und ihre Arbeitsmarktpolitik auf das Ziel der Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse zu tariflich anerkannten Standards ausrichten: Tarifflucht und Niedriglohnbeschäftigung führt hingegen zu weiteren Absenkung von Sozialstandards und Löhnen.

Kommunalpolitik bedeutet Vielfalt und lebt von direkter Mitbestimmung
Kommunalpolitik lebt von der Mitbestimmung der Menschen vor Ort. Deshalb setzen wir uns ein für ein kommunales Wahlrecht ab 16 Jahre, auch für Nicht-EU-Staatsbürger/innen, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben.
Wir setzen uns ein für eine direkte Beteiligung der Bürger/innen bei Entscheidungen, die den eigenen Lebensbereich betreffen und für einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge brauchen eine solide Finanzierung
Die Kommunen werden seit langer Zeit durch Bundes- und Landespolitik finanziell ausgetrocknet. Geld aber bedeutet Handlungsspielraum. Ohne eine solide Finanzierung der Kommunen können diese ihren Auftrag der Selbstverwaltung und Bereitstellung elementarer Leistungen nicht nachkommen.
Durch die Erhebung einer Vermögenssteuer und durch veränderte Aufteilung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ließe sich die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen solide finanzieren.

Die Zeit ist reif für einen Energiewechsel!

Ein Energiewechsel hin zu erneuerbaren Energien ist für die in der Kohleförderung und -verstromung Beschäftigten und deren Familien, aber auch für viele Bewohnerinnen und Bewohner der Lausitz, ein schmerzhafter Einschnitt. Die LINKE Brandenburgs ist sich dieses Einschnittes bewusst. Alle Vorschläge zum notwendigen Umsteuern sind daher auf Sozialverträglichkeit sowie Schaffung alternativer Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten auszurichten. Der Parteitag beschließt: Die Teilnahme der LINKEN an der Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« wird ausdrücklich begrüßt.
Aktueller Stand – 26.2.2008 – 23.610 Unterschriften – Die Sammlung geht weiter! –
Siehe Internet www.keine-neuen-tagebaue.de
Bestehende Braunkohlekraftwerke sollten möglichst zeitnah abgeschaltet und der Neubau weiterer verhindert werden. Die Spekulation auf CO2-neutrale Kraftwerke ist Augenwischerei.
Brandenburgs LINKE sollte ein Energiewende-Programm erarbeiten, das auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und auf den Einsatz erneuerbarer Energien begründet ist.
Der Energiewechsel muss einhergehen mit dem Ausbau der Forschung zu erneuerbaren Energien und zur Effizienz bei der Nutzung von Energieträgern, einem Landesprogramm zur besseren Gebäudewärmedämmung, zur Nutzung erneuerbarer Energien in öffentlichen Gebäuden, finanzieller Unterstützung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologien, stärkerer Förderung von Niedrigenergiehäusern und schadstoff- und energiebezogener Besteuerung von Unternehmen.
Die Landtagsfraktion soll sich weiter für die Beendigung indirekter Subventionierung Brandenburger Energiekonzerne einsetzen. Grundwassernutzung muss kostenpflichtig werden. Die Befreiung von der Förderabgabe ist zu beenden.
Stadtwerke sind in ihren Bestrebungen, erneuerbare Energien und dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) zu nutzen, zu stärken. Privatisierung kommunaler Energieversorger lehnen wir ab.
Klima- und Umweltschutz sind als zentrale Querschnittsaufgabe frühzeitig in Lehr- und Bildungspläne von Kindergarten, Hort und Schule zu integrieren. Die Forderung der LINKEN im Bundestag, Emissionszertifikate nicht mehr an Energiekonzerne zu verschenken, ist richtig und muss zur Versteigerung der Zertifikate führen – zu Preisen, die die Förderung erneuerbarer Energien, Renaturierung alter Tagebaulandschaften und Kompensation sonstiger Umweltschäden ermöglichen.



Neue Kraft für Brandenburg

Die Gründung der Partei DIE LINKE durch WASG und Linkspartei.PDS im Jahr 2007 drückt einen gemeinsamen und in der Gesellschaft ausgeprägten Veränderungswillen aus.

Was jetzt zu tun ist!
Die Kommunal-, Europa- Landtags-, Bundestagswahlen, die 2008/09 stattfinden, haben jeweils ihre unverwechselbare Spezifik. Auch für die Wählerinnen und Wähler in Brandenburg, die bisher die PDS oder die LINKE.PDS gewählt haben, stellt sich die Frage: Jetzt die LINKE wählen?! Die Vorbereitung des Wahlzyklus im Landesverband Die LINKE.Brandenburg bis 2009 ist in drei Perioden gegliedert: 1. Januar bis Oktober 2008 (Parteitag zum Leitbild, Vorbereitung und Durch- führung des Kommunalwahlkampfes, kommunalpolitische Konferenz, Entscheidung über landespolitische Kampagnen zur Begleitung des Kommunalwahlkampfes, Landesparteitag); 2. Oktober 2008 bis Mai 2009 (Landesparteitag und Vertreterversammlungen für die Nominierungen zu Landtags- und Bundestagswahlen sowie Landtagswahlen und Programmparteitage auf Bundesebene); 3. Mai bis Oktober 2009 (Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen). Es geht darum, das linke Wählerpotenzial von 2005, das bei etwa 415.000 Stimmen lag, effektiv zu mobilisieren und, wenn möglich, auszubauen. Unsere Arbeit soll dazu dienen, jener Mehrheit in der Bevölkerung Brandenburgs, die für eine soziale und solidarische Gesellschaft hierzulande und weltweit eintritt, eine Stimme zu geben und eine Kraft zu schaffen, die dieses Anliegen bereits hier und heute hilft, durchzusetzen.

Mit uns könn'n se's ja machen...

Einst war hier im Lande,
das war eine Schande,
das Volk nur formal an der
Macht. Die Wirtschaft mit
Mängeln, nur schuften, nicht
quengeln – Parteidisziplin
hat's gebracht. Was wir in
den Jahren an Schwachsinn
ertragen vergess' ich mein
Leben wohl nie. – Nur immer
schlimmer – ist heutige
Demokratie!

Mit uns könn'ses ja machen!
Wir ham so viel Geduld, wir
könn'n nur drüber lachen,
schließlich sind wir ja schuld.
Mit uns könn'ses ja machen!
Doch es macht uns nichts aus.
Solche Scherze gehen nur
mit 'ner starken Natur,
andre haltens nicht aus.
Jetzt gilt die Legende vom
Glück nach der Wende, doch
viele, die haben's verpasst. Sie
müssen mit Lügen, und Hartz
IV sich begnügen und werden
bei NOKIA geschasst.
Im Reichtum geboren sind
nur Investoren und die fallen
nun immer mehr unmäßig
gefräßig wie Heuschrecken
über uns her.

Mit uns könn'n se's ja machen...

Die CDU hatte bisher selten
glatte Rezepte für uns bei der
Hand. Was die uns servieren,
das geht an die Nieren,
bringt Bauchweh und Brech-
reiz dem Land. Wie oft die
uns neppten mit schlechten
Rezepten – einst lag es am
Kohl heut am Koch! –
Immerzu CDU – dabei
verblöden wir doch.

Mit uns könn'n se's ja machen...

Nun zollte in Hessen das
Wahlvolk vermessen der LIN-
KEN gebührlich Tribut. Doch
Sozi-Genossen im Westen ver-
schlossen sich Beck-messerisch
dem Salut. Ertappt in
flagranti steigt nun Ypsilanti,
in die Bütt und verkündet
noch mal: »Wir Narren behar-
ren darauf: Es war nur Karne-
Wahl!« Mit uns könnten
sie's machen, wir hab'n linke
Geduld, können nur drüber
lachen, diesmal sind wir nicht
Schuld. Mit uns könnten sie's
machen, doch da wird wohl
nichts draus, sie woll'n nicht
mit uns geh'n wegen dem
Lafontaine – na, dann badet's
mal – aus!

Politischer Aschermittwoch

Karne-Wahl

In Petershagen war es der 3. Politische Aschermittwoch, in Bad Freienwalde 4. Programm zugleich sein 6. Bühnenjahr einläutete.





Ein Abend wie wir ihn lieben: Witzig, spritzig feinsinnig und klar formuliert – die närrischen Akteure, moderiert von Herrn Klaus Otto, ließen ihre Gäste im gut gefüllten Saal herzhaft lachen, nachdenklich zuhören und den Geist der Zeit erhaschen.

Der politische Gegner bekam nicht (nur) eins unter die Gürtellinie, sondern gekonnt satirisch auch den Spiegel vorgehalten. Kerstin Kaiser als Fraktionsvorsitzende im Landesparlament ertappte Ministerpräsidenten Platzeck bei widersprüchlichen Wahlkampfaussagen und Abstimmungen in Hessen und im Brandenburger Parlament. Nicht rein zufällig lief durch ihre Rede wie ein roter Faden »man müsste schöner lügen können« und »ich will sie ja nicht mit Zahlen langweilen«.
Da war viel politischer Sprengstoff. Wenn die SPD ihre Positionen zur Abstimmung stellt und die LINKE dafür stimmt, dann stimmt die SPD dagegen, nur weil die LINKE dafür ist. Denn die SPD ist nur für eins: rational unrational gegen die LINKE zu sein. Vielleicht sollte man sich in der SPD langsam auf eine politische Richtung einigen – parlamentarische Landesliga oder soziale Politik am Volk?

Mit ebensoviel Witz, Humor und Schlagfertigkeit umrahmte das Kabarett SeniOrenbrett`l aus Strausberg das Programm der LINKEN. Es nahm örtliche Unzulänglichkeiten ins Visier und ließ das Rentenstreichorchester aufspielen.
Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die »aktuellen Infos zum BVG-Streik«. Wilfried Hertel gelang es großartig, satirisch zum Nachdenken anzuregen und unsere Solidarität zu einem eventuellen Streik zu erlangen. Max Kühn meldete sich als Abgeordneter zu Wort und forderte unter anderem auf, zum Gedenken auf Nokia »herumzutrampeln«. FDJler Werner Wiench schilderte das z.Z. herausragendste Jugendobjekt »Deutsche Einheit« als goldenes Zeitalter der Arbeitslosigkeit und des Irak-Krieges und »würdigte« die Jugendbrigade am Hindukusch.

Bei so viel (bevorstehendem) Zündstoff können wir uns alle schon auf den nächsten politischen Aschermittwoch im nächsten Jahr freuen.

Harald Gansel,
Petershagen





in Petershagen und Bad Freienwalde

bereits der siebte. Beide hatten es in sich, zumal in Petershagen das SeniOrenbrett´l mit seinem



Dorit Schulze, Kerstin Schönberg und Joachim Klinger in der Bütt

2002 machte Genosse Joachim Fiedler den Vorschlag, dass wir als PDS in Bad Freienwalde den Aschermittwoch für eine Veranstaltung mit Gästen nutzen könnten.
So kam es, dass wir 2008 bereits zum 7. Mal, nun als »DIE LINKE.«, zum Politischen Aschermittwoch eingeladen hatten, erstmals auch besonders aktive ehrenamtlich Tätige.
Auch wir nehmen natürlich die aktuellen politischen und sozialen Probleme und Missstände der Region, des Landes Brandenburg bzw. des ganzen Landes unter die linkskritische Lupe, haben (wenn auch nicht immer) ein Motto für den Abend, z.B.: »Mit Risiken und Nebenwirkungen – eine Sendung von LINKS-TV zu Krankheiten der Gesundheitsreform«, oder »Zieht, Majestät, zieht« – Friedrich II. auf Inspektionstour in der Wintersportstadt Bad Freienwalde. Anfangs war das »SeniOrenbrett´l« bei uns zu Gast – Kabarett vom Feinsten. Seit den letzten Bundestagswahlen gibt Dagmar Enkelmann unseren Programmen den nötigen bundespolitischen Schmiss. Und nunmehr bereits zum zweiten Mal bereichert Dieter Schäfer als Prof. Lustig unser Programm. Dennoch gestalten wir die Programme im wesentlichen selbst und sind ein wenig stolz darauf.
Wir sind damit auf dem Weg, den Politischen Aschermittwoch in Bad Freienwalde fest im politischen Kalender des Kreisverbandes zu verankern.
Was dabei rauskommt? Zumindest bei jeder Veranstaltung eine Saal-Spende, die sozialen, kulturellen oder anderen Projekten in der Stadt zugute kommt. In diesen sieben Jahren waren es immerhin ca. 1.500 Euro.

Achim Fiedler

Im Land der Linken

Auszug aus der Büttenrede von Dr. Dagmar Enkelmann



Dr. Dagmar Enkelmann nimmt die Bundespolitik auf´s Korn

Ein Oskar macht eben den Unterschied. Im Saarland hat die LINKE gut 2000 Mitglieder. Der Landtag aber nur 51 Plätze. Da wird es eng – für die anderen Parteien.
Selbst im Schloss Bellevue wird man nervös. Die konservative Mehrheit in der Bundesversammlung ist auf wenige Mandate zusammengeschrumpft. Die bange Frage geht nun um: Wird der nächste Bundespräsident gar einer von Gnaden der Roten?
Einen Bundestagspräsidenten aus dem Osten hatten wir ja schon: Wolfgang – Rauschebart – Thierse. Dessen wichtigste politische Aktion war zuletzt, sich gegen die Verlegung des Wochenmarktes vor seine Haustür zu wehren – und das auf offiziellem Briefkopf.
Eine Kanzlerin aus dem Osten haben wir gerade: Angie, Kohls Mädchen. Auf allen roten Teppichen der Welt zu Hause, nur zu Hause ist sie selten. Sie ist die Klimakanzlerin – wie weiland Helmut auf dem brechenden Oderdamm stampft sie auf Grönlands Eis herum. Dass sie dort eine gute Figur gemacht hat, glauben eh' nur BILD-Leser. Klimaschutz beginnt für sie beim Schutz großer Konzerne und Automobilhersteller vor zu viel Klimaschutz.
Ja, das politische Klima ist günstig für die LINKE. Selbst die bislang linksresistente SPD in Brandenburg hat der linke Virus erwischt. Jüngst saßen Matze Platze und sein Trupp zur Klausur zusammen und überlegten, wie sie sich gegen die Ansteckung wehren könnten. Nein, nein, ein Sozialticket soll es in Platzecks Brandenburg auch künftig nicht geben. Großzügig soll aber den Kommunen nun erlaubt sein zu entscheiden, ob sie Beiträge der Eltern für die Schülerbeförderung erheben – oder eben nicht. Übrigens sei erwähnt, dass Landkreise für derartige Regelungen kürzlich vom Innenminister abgemahnt wurden.
Nun also die Rolle rückwärts, oder steckt dahinter etwa die Angst vor einem erfolgreichen Volksbegehren? Das zu allem Übel noch von der LINKEN unterstützt wird. Auch mit einem kostenlosen Schulessen kann sich die Brandenburger SPD nicht so richtig anfreunden. Bekannt wurde aber, dass man über Härtefonds an Schulen für das Mittagessen nachdenkt. Der Härtefonds heißt vermutlich deshalb so, weil die Schüler an der unverdaulichen Brandenburger Bildungspolitik so hart zu kauen haben.
Und die ersten Wahlkampfbonbons werden bereits eingewickelt. Bildungsminister Rupprecht – Schulschließer vom Dienst – verkündet, dass es ab 2009 an den Schulen auch kleinere Klassen geben könnte. War das nicht das Jahr, in dem der nächste Landtag gewählt wird? Es kommt noch besser: 2009 bei den Koalitionsverhandlungen, so die Brandenburger SPD, könnte der Mindestlohn als Bedingung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine Rolle spielen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Hat doch die LINKE mehrfach den Mindestlohn gefordert, gibt es in Berlin dank linker Regierungsbeteiligung inzwischen ein solches Gesetz.
Aber so ist es mit dem Hasen und dem Igel – ich bin all hier, ruft der Igel und am Ende liegt der Hase tot am Boden.

CDU und SPD im Versprechen(r)-Wettbewerb

(K)ein Faschingsscherz?!

SPD und CDU wetteifern momentan um die schnellstmögliche Erfüllung der Forderungen der LINKEN und der bestehenden Volksinitiativen im Land. Die CDU will Erhalt von Schulen im ländlichen Raum sowie kürzere Schulwege. Die SPD schlägt die Einführung eines Schülerbafögs und Sozialfonds für Schüler vor und sogar ein Sozialticket für sozial Schwache. Das zeigt, außerparlamentarischer Druck wirkt. Die Regierungsparteien bewegen sich endlich – und sogar in die richtige Richtung!
Wir hoffen jedoch, dass sich beide Parteien bei der Umsetzung der Forderungen nicht gegenseitig im Wege stehen, sondern sich schnell einigen.
Nach 10 Jahren Sozialabbau ist es höchste Zeit für einen Kurswechsel in Brandenburg, auch wenn er bei den Regierenden nicht einer Einsicht folgt, sondern wachsendem Druck der Volksinitiativen und der LINKEN.
Deshalb ist Misstrauen angebracht. Zu oft haben SPD und CDU mit Ankündigungen und Aktionismus Beruhigungspillen verabreicht. Wir LINKE glauben erst an die vollmundigen Versprechungen, wenn sie in Gesetzesform gegossen sind. Wir lassen nicht locker, bevor sozial Schwache in Brandenburg mit einem Sozialticket fahren, Kinder aus einkommensschwachen Familien ein warmes Mittagessen in der Schule bekommen und die ländlichen Regionen von der Gesamtentwicklung des Landes nicht abgehängt werden. Also momentan noch kein Grund, vom außerparlamentarischen Engagement zu lassen. Und für den Fall, dass auch die neuerlichen sozialpolitischen Ankündigungen nur ein (schlechter Karnevals) Scherz gewesen sein sollten, können wir sehr humorlos reagieren. Der Druck auf die Regierungsparteien bleibt.

Nach einer PM von Thomas Nord, Landesvorsitzender Brandenburg

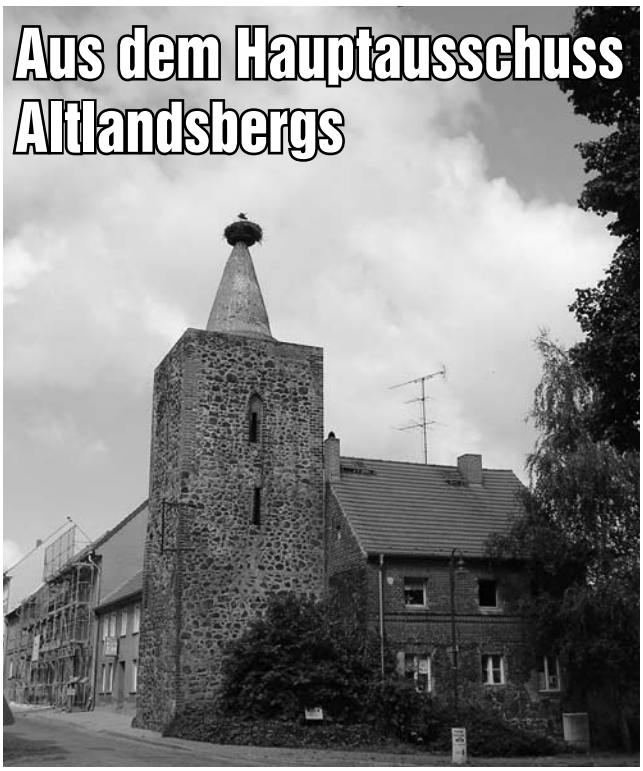
Hilfe-Netz in Märkisch-Oderland



Gegen wachsende Armut in Märkisch-Oderland und damit einher gehende Resignation und Gleichgültigkeit kämpft die Strausberger Tafel mit sehr viel Engagement. Sie versorgt gegenwärtig fast 4000 Bedürftige, darunter 1194 Kinder, mit Lebensmitteln, die zum Großteil aus Spenden der Supermärkte und örtlicher Händler stammen. Seit Jahresbeginn kommen bei ihr – und der Bernau Tafel – monatlich 100 Euro hinzu, die MdB Dagmar Enkelmann entsprechend Zusage aus der Diätenerhöhung spendet. Die Strausberger Tafel musste ihren Service bereits um Ausgabestellen in Wriezen und Rüdersdorf erweitern. Rechnet man ähnliche Einrichtungen wie den Brotkorb in Seelow oder die Suppenküche in Bad Freienwalde dazu, existiert in Märkisch-Oderland bereits ein Netz der Hilfe für das Nötigste. Den ländlichen Raum zu versorgen, ist eine zusätzliche Herausforderung für das Strausberger Tafel-Team um Petra Bothe. Die eingeschränkte Mobilität der Betroffenen fordert mehr Mobilität für die Tafel. Mit der Einrichtung mobiler Ausgabestellen stößt die Tafel allerdings an ihre materiellen und personellen Grenzen. Oft sind die Macher der Tafel selbst Bedürftige und leisten für 1,20 Euro Aufwandsvergütung Überdurchschnittliches. Notwendig wäre in den Augen von Petra Bothe auch die Ausgabe warmen Essens. Ein Schulessen für täglich 3 Euro können sich Hartz-IV-Haushalte für ihre Kinder oftmals nicht mehr leisten.

B.S.

Aus dem Hauptausschuss Altlandsbergs



Als wir 2008 das erste Mal tagten, informierte Bürgermeister Jaeschke über die stark steigende Altersarmut in MOL und somit auch in Altlandsberg. Seit Jahre machen wir LINKE in allen parlamentarischen Ebenen darauf aufmerksam, dass dieses Rentensystem Altersarmut schafft.
Die Nullrunden bei den Renten haben zu zusätzlicher Kürzung geführt, die bis heute von Regierungsseite weder benannt, noch erkannt, geschweige denn, behoben wird.
Weiter beschäftigte sich der Hauptausschuss mit der Vorbereitung der nächsten Stadtverordnetenversammlung, dem Schulstandort Altlandsberg und künftiger Jugendweihefeiern, dem Landesentwicklungsplan und dem längst fälligen Leitbild für die Stadt, eine langjährige Forderung der LINKEN.
Wir begrüßen sehr, dass Herr Jaeschke sich gemeinsam mit den Fraktionen dieser Aufgabe stellt, ebenso wie dem dringenden Nachholbedarf bei der Standortsicherung Stadtschule. Ich fordere als Mitglied der Linksfraktion die Einführung eines Patenschaftsgeldes für jeden neuen Schüler unserer Schule. Es soll nicht als Bargeld ausgezahlt werden, sondern für Schulmaterial, Klassenfahrten oder als Mitgliedsbeitrag für Vereine unserer Stadt. Über die verfügbare Summe entscheiden die Fraktionen bzw. Abgeordneten hoffentlich schnell und sachlich, denn dies wäre ein gutes Instrument der Förderung unseres Schulstandortes im Jahr 2008/2009.
Dass die Jugendweihe auch in diesem Jahr in der Erlengrundhalle stattfinden wird, betrachten wir als ein Stückchen ZUKUNFT – für die jungen Leute, unsere schöne Altstadt und für unser Land.

www.michael-gläser.de,
stellv. Fraktionsvorsitzender

Filetstück oder Ballast aus NVA-Nachlass?

Die (un)endliche Geschichte vom Klub am See



Nicht nur Strausbergerinnen und Strausberger haben in dem einst von der NVA errichteten Kulturhaus fröhliche Feste gefeiert oder ihre Tanzstunden absolviert.
Schon seit langem ist das nah am Straussee gelegene Haus in die Jahre gekommen und bedarf dringend innerer und äußerer Erneuerung. Keiner will´s bezahlen, schon gar nicht der Eigentümer Bund. Die Gerüchteküche kocht bis hin zum Abriss.
Zu den Fakten: Strausberg hat kein anderes multifunktionales Kulturzentum, aber braucht natürlich eins – in Wahrnehmung der Aufgaben als Mittelzentrum und für die Bürgerinnen und Bürger von Stadt und Region.
Bei den derzeitigen kommerziellen und gesellschaftlichen Nutzern des Klubs (2007 ca. 70 mit 225 Veranstaltungen und 34.000 Gästen, zur Zeit 49 mit 140 verbindlich geplanten Veranstaltungen), aber auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern herrscht große Unklarheit und Unsicherheit über Rechtslage, Zustand und Perspektive von Gebäude und Liegenschaft. Außerdem wird eine eindeutige Meinung von Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung zum Bedarf an einem multifunktionalen Kulturzentrum vermisst. Die Stadtverordneten haben zwar regelmäßig im Klub getagt, sich aber nie über die Zukunft des Hauses verständigt.
Auf Initiative des linken Stadtverordneten Dieter Kartmann hat sich eine Initiativgruppe verschiedener Interessierter gegründet, die bis Mitte Februar schon 2x Situation, Zustand und Perspektive des Klubs am See beriet und obige Statistik (Auszüge) über die Nutzung erarbeitet hat. In Folge forderte DIE LINKE in der SVV eine Beratung im Hauptausschuss für Februar, wird Anfang März eine Vorlage in die SVV einbringen und hat für Anfang April eine Aktuelle Stunde beantragt. Alle drei parlamentarischen Initiativen dienen dem Ziel, die Rechtslage des Klubs zu klären, den Bedarf der Stadt an einer multifunktionalen Kultureinrichtung in die Landesplanung und die der Stadt aufzunehmen und verbindliche Auskunft zu den Absichten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Umgang mit Gebäude und Liegenschaft zu erlangen.

Ch. St.



Wir gratulieren den Hamburger Genossinnen und Genossen zum Wahlsieg und danken Matthias Böhme, Uwe Meiß, Wolfram Wetzig und allen anderen aus MOL, die dazu beigetragen haben.



Strausberger Fanfarenzug beim Neujahrsempfang der Bundestagsfraktion DIE.LINKE
Foto: Frank Schwarz

Haushaltsdebatte in MOL

Vor vier Jahren haben wir bei der Novellierung des Kitagesetzes nicht die gesamte Last an die Kommunen weitergegeben, eben weil es denen nicht besser als dem Landkreis ging. Andere Kreise haben das nicht so getan. Heute sind die meisten Kommunen besser dran, und der Landkreis steckt in einem strukturellen Defizit von über 46,3 Mio. €. Das solidarische Miteinander zwischen Kreis, Ämtern und Städten wäre angesagt.
Es gib keine Schüler des Landkreises, für die wir 5,7 Mio. € Fahrkosten aufbringen, um die Elternbeiträge zumutbar zu halten. Es sind Schüler aller Kommunen. Wir haben in gemeinsamer Abstimmung die Gastschulbeiträge für über 15 Mio. € übernommen. Für 2008 sind 16,2 Mio. eingestellt.
Jährlich steigen die Summen für Betreuung – ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich (Werkstätten für Behinderte 500.000 €, Grundsicherung im Alter 290.000 €, Geschütztes Wohnen 590.000 €, Hilfe für häusliche Pflege 150.000 €).
Wenn man die Kommunalfinanzierung betrachtet, die übrigens seit Jahren reformiert werden soll, kann man zu dem Schluss kommen, dass kommunale Schulden durchaus gewünscht sind. Schon Franz-Josef Strauß hat sie in den 60ziger Jahren als notwendiges gesamtwirtschaftliches Instrument bezeichnet. Bei starker Finanzkraft könnten Kommunen eine unerwünschte politisch-wirtschaftliche Kraft entfalten, stärker über Ansiedlung bestimmen, Arbeitsplätze schaffen, strukturelle Entwicklung forcieren, sozusagen kommunale Selbstverwaltung leben, nahezu unabhängig von Land und Bund.

Wir Linken fordern:
- eine kommunale Finanzreform,
- gerechteren Anteil am Gesamtsteueraufkommen,
- keine Steuergeschenke an Großunternehmen
- Kürzung der Rüstungsausgaben, vor allem die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Unterbindung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung

Dieter Schäfer,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. in MOL
Auszug aus Haushaltsrede, Februar

Kommunal-Kombi für Arbeitslose in Ostbrandenburg nutzen

Die Fraktion. DIE LINKE im Kreistag MOL und der Kreisvorstand begrüßen den nunmehr erfolgten Startschuss für die Umsetzung des Bundesprogramms »Kommunal-Kombi«. »Wir hoffen, dass damit bis Ende 2009 1.249 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für ALG II-Empfängerinnen und Empfänger geschaffen werden. Dazu erwarten wir, dass die Städte und Gemeinden dieses Angebot zur Wahrnehmung von im öffentlichen Interesse liegenden zusätzlichen Arbeiten nutzen« so Bernd Sachse, Kreisvorsitzender. Kommunal-Kombi bietet ALG II-Empfangenden die Möglichkeit des beruflichen Wiedereinstiegs bzw. Älteren einen sozialverträglichen Übergang in die Rente.
DIE LINKE. MOL sieht im »Kommunal-Kombi« einen Ansatz, die von ihr seit Jahren geforderte Öffentlich-Geförderte Beschäftigung (ÖBS) zu realisieren.
»Es müsse auf jeden Fall sichergestellt werden« so Dieter Schäfer, Fraktionschef der LINKEN im Kreistag, »dass dieses Kommunal-Kombi-Programm in den nächsten Jahren verstetigt wird und nicht nur als ›Weichspüler‹ vor den Landtags- und Bundestagswahlen 2009 politisch instrumentalisiert wird, um damit die Arbeitslosenstatistik zu schönen.«

DIE LINKE. MOL fordert zudem, dass Bund und Land ein Programm auflegen, das Leuten, die arbeitslos sind, aber keinen Anspruch auf ALG II haben, den Einstieg in das Erwerbsleben ermöglicht. Für diese Gruppe Betroffener gibt es keinerlei Programme.
»Man muss jedoch klar sagen: Die Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit seit Jahren über 15 % liegt, haben ein wirtschaftliches Strukturproblem. Das löst man auch nicht durch einen ›Kommunal-Kombilohn‹ allein,« so Uwe Hädicke, Stadtvorsitzender der LINKEN in Seelow.

DIE LINKE. Märkisch-Oderland

Nichts ist umsonst!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,
Links hat als einzige Partei in Deutschland bewiesen, dass sie die politische Landschaft bewegt! Die LINKE verändert das Land und wirkt über die Grenzen hinaus.
Wir setzen uns für eine neue Politik, für soziale Gerechtigkeit und Frieden ein. Gesetzlicher Mindestlohn und Klimaschutz sind für uns keine Utopien, sondern reale Ziele. Wir sind entschiedene Opposition gegen die unsoziale neoliberale Politik der Großen Koalition.
Vor den LINKEN in MOL stehen große Aufgaben.
In einem Wahlmarathon haben wir unsere Position zu verteidigen und auszubauen. Erste Etappe ist die Kommunalwahl am 28.September 2008. In der zurückliegenden Wahlperiode konnte durch das Wirken unserer Mandatsträger in vielen Orten die Ortsgestaltung und Stadtentwicklung vorangetrieben, kommunales Eigentum erhalten und die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge in das Zentrum der Entscheidungen gerückt werden. Jede Wahl kostet Geld. Meist mehr, als wir haben. Der Kreisvorstand hat deshalb beschlossen, am 1. März eine Spendenkampagne zur finanziellen Sicherstellung der Kommunalwahlen 2008 zu starten. Die Kampagne endet am 31.Oktober 2008. Wir werden regelmäßig Rechenschaft ablegen und bitten alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten nicht nur um eine persönliche Spende, sondern auch darum, das Gespräch mit Freunden zur Unterstützung unserer Partei zu suchen.

Bernd Sachse,
Kreisvorsitzender

Spendenkonto: Kommunalwahl
Sparkasse Märkisch-Oderland
DIE LINKE. in
Märkisch-Oderland
BLZ: 17054040
Kto.-Nr.: 3008027449

LINKE-Bürgerbüros der Abgeordneten

Dagmar Enkelmann – MdB
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser – MdL
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Wolfgang Heinze – MdL
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

Gerlinde Stobrawa – MdL
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

Renate Adolph – MdL
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de
www.adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

STRAUSBERG
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
info@dielinke-mol.de
(ab 1. April nur noch unter dieser E-Mail-Adresse erreichbar)
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

SEELOW
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

BAD FREIENWALDE
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

So wirkt DIE LINKE.

Information von Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und Gregor Gysi zur Politik in Berlin

Viel und oft wird über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, über die Arbeit unserer Senatorinnen und unseres Senators in der neuen Legislaturperiode diskutiert, zum Teil auch berechtigt kritisch.
Aber nach schweren Jahren konnte Berlins Haushalt so weit saniert werden, dass für den Doppelhaushalt 2008/09 keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen, sogar mit der Schuldentilgung begonnen wird.

Es gibt weitere Erfolge, die einmalig in Deutschland sind: Nach langen Verhandlungen mit der Bundesregierung und der Agentur für Arbeit wird in Berlin ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) aufgebaut. Die Arbeitnehmer-Brutto-Entgelte werden nicht weniger als 1 300 Euro monatlich betragen. Insgesamt werden im ÖBS 10 000 existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für die am schwersten zu vermittelnden Arbeitslosen geschaffen.
Während die Koalition auf Bundesebene noch über den Mindestlohn diskutiert, macht der Berliner Senat Ernst: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Hauptstadt müssen alle Unternehmen künftig garantieren, dass sie Tariflohn und mindestens einen Stundenlohn von 7,50 Euro zahlen.
Nach den Forderungen der LINKEN wurde eine Bürgerrechts- und Bürgerbeteiligungspolitik durchgesetzt, die in anderen Bundesländern ihresgleichen sucht. Bürgerbegehren und Volksentscheide wurden in die Berliner Verfassung aufgenommen und sind inzwischen vielgenutzte Mittel der demokratischen Mitbestimmung geworden. In den Berliner Bezirken wurde der Bürgerhaushalt eingeführt, Jugendliche ab 16 Jahre können bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben.
Berlin hat heute ein bundesweit vorbildliches Versorgungsniveau bei Kita-Plätzen.
Mehr als 90 Prozent der Kinder besuchen einen Kindergarten, über 95 Prozent sind es im Jahr vor der Einschulung. Seit 1. Januar 2007 ist für alle Kinder im letzten Jahr vor Schulbeginn der Kita-Besuch beitragsfrei.
In Berlin fahren Arbeitslosengeld-II-Bezieher, Rentner mit Grundsicherung, »Aufstocker«, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber mit dem Sozialticket zum halben Preis mit Bus und Bahn. Bei Preissteigerungen erhöht sich nicht der Preis des Sozialtickets. Für nur drei Euro erwerben sie in Opern und Theatern eine Stunde vor Vorstellungsbeginn die bis dahin nicht verkauften Karten als Kulturticket. Bibliotheken können sie kostenlos nutzen.

Mit dem Ziel, das sozial ausgrenzende gegliederte Schulsystem zu überwinden, wurde erfolgreich das in Deutschland einmalige Pilotprojekt der Gemeinschaftsschule gestartet. 400 Lehrer wurden zusätzlich und dauerhaft eingestellt. Jedes Kind erhält ab Januar 2008 ein warmes Mittagessen für 23 Euro monatlich, bisher zahlten viele Eltern rund 40 Euro im Monat.
Der Verkauf der Landesbank war Pflicht, aber die Sparkasse bleibt öffentlich-rechtlich. Die Stadt hatte eine hohe Einnahme und das System der Sparkasse wurde im Interesse der Kunden gesichert.
Ab 1. Januar 2008 gibt es in Berlin eine Umweltzone, die den Namen verdient. Die Innenstadt wird deutlich von Feinstaub und Stickstoffdioxid entlastet. Der Neubau eines Kohlekraftwerkes durch Vattenfall wird abgelehnt.
Im Koalitionsvertrag steht, dass kein einziges Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden darf.
In einer Koalition sind Kompromisse nötig – aber auch für die SPD, der DIE LINKE manche Entscheidung abgerungen hat, die aus der Opposition heraus nie möglich gewesen wäre.

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN APRIL 2008

8.3., 10 bis 12 Uhr: Frauenfrühstück anlässlich des Internationalen Frauentages, Strausberg, »LinksTreff«, Wallstraße 8

10.3., 18.00 Uhr: Kreisvorstandssitzung, LinksTreff, Strausberg

Achtung – vorverlegt!
13.3., 18.00 Uhr:
Mandatsträgertreffen,
Strausberg, Jugendsporthaus

13.3, 18 Uhr: öffentliche Redaktionssitzung für IMPULSE, Strausberg, LinksTreff

15.3, 10-12 Uhr:
POLITFRÜHSCHOPPEN über aktuelle Politik und zum Leitbild der LINKEN für Brandenburg und Schlussfolgerungen für die Kommunalpolitik, Rüdersdorf, Cafe le Marais, Heinitzstraße 11, mit Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende, Landtag Brandenburg; Moderation: Berndt Fröhlich, Kreistagsabgeordneter DIE LINKE MOL

17.3, 18.30 Uhr:
FrühLINKS-Empfang,
Fredersdorf, Hotel Flora

23.3, 14.00 Uhr: Kirche Fretzdorf, Treffpunkt für Ostermarsch in Kyritz-Ruppiner Heide

27.3, 18.00 Uhr:
Eröffnung der Ausstellung mit Marx-Karikaturen, Strausberg, LinksTreff

31.3, 18.30 Uhr:
Forum zur Kita-Novelle mit Kerstin Kaiser und Brandenburgs Bildungsminister Rupprecht, Petershagen, Aula der Gesamtschule der FAW, Eggersdorfer Str. 91-95

IMPULSE

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE-MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel, 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de

Redaktionsschluss: 20. Februar 2008

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341·30 94 05 · info@slc-gmbh.de